

19. April 2010 / 86

Von illegaler zu legaler Beschäftigung in Privathaushalten älterer Menschen

Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur wirbt neues EU-Projekt ein – Auftakttreffen mit internationalen Kooperationspartnern

FRANKFURT. In Haushalten älterer Menschen in Deutschland sind zurzeit etwa 100.000 und in Österreich weitere 30.000 Frauen aus Osteuropa beschäftigt. Sie kommen aus Polen, Tschechien, der Slowakei, aber auch aus Weißrussland und Georgien. Nicht nur die Arbeitgeber in diesen Haushalten machen sich strafbar, auch die Haushaltshilfen selbst leben in einer prekären Situation. Wie kann über arbeitsmarktpolitische Strategien erreicht werden, dass Betreuung und Pflege von älteren Menschen zu Hause legal erbracht wird? Dies untersucht ein soeben gestartetes EU-Projekt, das von den Wissenschaftlern des Instituts für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) der Goethe-Universität koordiniert wird. Neue Wege beschreitet beispielsweise Frankreich. Vom 23. bis 24. April trifft sich das internationale Team von Arbeitsmarktforschern in Frankfurt zur Auftaktveranstaltung des EU-Projekts.

Unterstützung, Betreuung und zunehmend auch Pflege von älteren Menschen zu Hause kann immer weniger durch Angehörige geleistet werden, eine steigende Zahl älterer Menschen lebt allein. Viele sehen sich damit konfrontiert, dass sie für Hilfen beim Kochen, Putzen und einfacher Pflege auf Dritte ausweichen müssen. In Deutschland wie auch in einigen anderen europäischen Ländern besteht derzeit kein ausreichendes und vor allem kein bezahlbares Angebot. In ihrer Not greifen deshalb viele auf Haushaltshilfen aus osteuropäischen Ländern zurück, die sie illegal beschäftigen.

Durch die anwachsende Zahl älterer Menschen, die zu Hause Unterstützung benötigen, steigt der Handlungsbedarf, um ein Angebot an Dienstleistungen aufzubauen, das für alle Älteren bezahlbar ist und das fachlich geschulte Haushaltshilfen bereithält. „Vor allem in Frankreich sind im Rahmen des Borloo-Plans erfolgreich arbeitsmarktpolitische Initiativen entwickelt worden, die darauf zielen, solch ein Angebot zu entwickeln“, erläutert die Geschäftsführerin des IWAK, Dr. Christa Larsen. „Dazu werden Langzeitarbeitslose systematisch für eine Beschäftigung in diesem Bereich geschult und während ihrer Beschäftigung begleitet. Zudem stehen verschiedene Wege für ihre Weiterqualifizierung zur Verfügung. Darüber hinaus werden diese Angebot häufig subventioniert, um so für alle Haushalte nutzbar zu sein.“ Mit diesen Maßnahmen ist es in Frankreich innerhalb weniger Jahre gelungen, illegale Beschäftigung deutlich zu reduzieren und gleichzeitig die Beschäftigungssituation der Hausangestellten qualitativ deutlich zu verbessern. „Im jetzt an der Goethe-Universität gestarteten Projekt soll an diese Erfahrungen angeknüpft werden, indem exploriert wird, welche dieser Strategien

sich auf Deutschland, aber auch auf andere Länder wie Italien und Österreich übertragen lassen“, so Larsen, die dieses Projekt koordiniert. Neben Wissenschaftlern aus Italien, Deutschland und Österreich ist mit Prof. Aleksander Surdej auch ein polnischer Kollege der Wirtschaftsuniversität Krakau in das Projekt eingebunden. Er wird die Perspektive eines Landes repräsentieren, aus dem viele illegal Beschäftigte kommen und in das gleichzeitig aus Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union zahlreiche Haushaltskräfte illegal einwandern. Im transnationalen Austausch werden die Wissenschaftler in den kommenden zwölf Monaten für ihre jeweiligen Länder untersuchen, inwieweit einzelne arbeitsmarktpolitische Instrumente aus Frankreich übertragbar sind.

„Damit diese Konzepte auch außerhalb der Wissenschaft rezipiert werden, sollen diese in die einschlägigen Diskurse von Politik, Verbänden, Arbeitsvermittlung und Qualifizierungsbereich eingebracht werden“, so Larsen. Diese Schnittstelle wird in Deutschland vom Hessischen Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit unterstützt, das ebenfalls als Partner im Projekt eingebunden ist. In den anderen Ländern übernehmen einschlägige Ministerien ähnliche Funktionen. Darüber hinaus wird das Projekt in enger Abstimmung mit der Generaldirektion „Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit“ der Europäischen Kommission durchgeführt, da vorgesehen ist, die im Projekt erarbeiteten Instrumente weiteren Staaten in Europa verfügbar zu machen.

Informationen: Dr. Christa Larsen oder Sigrid Rand, Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK), Tel. 069 798 22152, C.larsen@em.uni-frankfurt.de, www.iwak-frankfurt.de

Die am Projekt beteiligte Wissenschaftler stehen am 23.4. (Freitag) für Interviewanfragen zur Verfügung: Prof. Annamaria Simonazzi, La Sapienza Universität, Rom (in englischer Sprache), Prof. Aleksander Surdej, Wirtschaftsuniversität Krakau (in englischer Sprache) und Dr. Christa Larsen, Goethe-Universität

Die Goethe-Universität ist eine forschungsstarke Hochschule in der europäischen Finanzmetropole Frankfurt. 1914 von Frankfurter Bürgern gegründet, ist sie heute eine der zehn drittstärksten und größten Universitäten Deutschlands. Am 1. Januar 2008 gewann sie mit der Rückkehr zu ihren historischen Wurzeln als Stiftungsuniversität ein einzigartiges Maß an Eigenständigkeit. Parallel dazu erhält die Universität auch baulich ein neues Gesicht. Rund um das historische Poelzig-Ensemble im Frankfurter Westend entsteht ein neuer Campus, der ästhetische und funktionale Maßstäbe setzt. Die „Science City“ auf dem Riedberg vereint die naturwissenschaftlichen Fachbereiche in unmittelbarer Nachbarschaft zu zwei Max-Planck-Instituten. Mit über 55 Stiftungs- und Stiftungsgastprofessuren nimmt die Goethe-Universität laut Stifterverband eine Führungsrolle ein.

Herausgeber: Der Präsident der Goethe-Universität Frankfurt am Main. **Redaktion:** Ulrike Jaspers, Referentin für Wissenschaftskommunikation, Abteilung Marketing und Kommunikation, Senckenberganlage 31, 60325 Frankfurt am Main, Tel: (069) 798-23266, Fax: (069) 798-28530, jaspers@pvw.uni-frankfurt.de